Der Weg zur Stadterhebung 1935

von Dr. G. Neumeier

Heuer vor 75 Jahren – am 30. September 1935 - wurde Fürstenfeldbruck zur Stadt erhoben, nachdem es seit 1901/02 mehrere Versuche gegeben hatte, die Marktgemeinde zur „Stadt" zu ernennen. Es gab also eine etwa 35-jährige Vorgeschichte, bis sich Fürstenfeldbruck Stadt nennen konnte. Der nachfolgende Artikel ist der zweite Beitrag einer Serie zum Thema „75 Jahre Stadterhebung Fürstenfeldbruck". Die Serie beleuchtet in insgesamt zehn Folgen unter der Rubrik „Aus dem Stadtarchiv" typische Meilensteine der Entwicklung Fürstenfeldbrucks seit dem Jahr 1935.



Vorbeimarsch des Jungvolks an Parteifunktionären während des Festumzugs zur Stadterhebung im Juli 1936 (Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck)

Gescheiterte Versuche 1901/02 und 1905

Um die Jahrhundertwende war unser Ort ein ländlich geprägter Markt mit magistratischer Verfassung nach der Gemeindeordnung von 1869 und etwa 4000 Einwohnern. Am 23.12.1901 fasste der Magistrat den Beschluss: „Behufs Erhebung des Marktes Bruck zur Stadt wird bei höchster Stelle ein Gesuch eingereicht". Die Gemeindebevollmächtigten lehnten diesen Vorschlag jedoch am 6. Mai 1902 einstimmig ab, „da nicht im Geringsten ersehen werden kann, welche Vorteile die künftige Stadt den Einwohnern bieten würde".

Am 1. Mai 1905 beantragte Bürgermeister Sinzinger im Magistratskollegium erneut, die

Stadterhebung auf den Weg zu bringen. Er argumentierte, dass dies keine Kosten verursachen würde, der Gemeinde aber mehr Rechte verschaffe „und zudem unsere Marktgemeinde sich mit ihren Einrichtungen und Anstalten anderen kleinen bereits zur Stadt erhobenen Orten leicht an die Seite stellen kann". Dieser Antrag führte zu einem einstimmigen positiven Beschluss im Magistrat, doch das zweite lokale Entscheidungsgremium, die Gemeindebevollmächtigten, lehnte den Vorschlag erneut ab, da man sich über die Vorteile oder Nachteile, vor allem hinsichtlich der Kosten, noch nicht klar war.

Der größere Teil der Einwohner blieb ebenfalls skeptisch. In einem Artikel des Starnberger „Land- und Seeboten", der im Brucker Wochenblatt im Juni 1905 zitiert wurde, hieß es:

„Der Markt Fürstenfeldbruck will eine Stadt werden. Seit Pasing, das allerdings 15 000 Einwohner hat, eine Stadt ist, lässt es ein halbhundert Brucker nicht mehr ruhen, obwohl der Marktgemeinde Bruck zu einer Stadt noch viel fehlt und dies viel kosten wird. Sieht man sich die Hauptstraße vom Bezirksamt (= heutiges Rathaus) *bis zu der stets ruinösen Amperbrücke an, so sind, mit Ausnahme von vielleicht 18 Häusern nur kleinere Anwesen vorhanden. Eine Stadt, wenn auch klein, erfordert städtisches Aussehen. Das kostet viel Geld und natürlich auch viel Gemeindeumlage…Viele Orte, die sich hinreißen ließen, um den Titel „Stadt" nachzusuchen, haben es später bitter bereut, der entstandenen Kosten wegen…Bruck wird als Markt gerade so gerne von Sommerfrischlern etc. etc. besucht, wie immer, im Gegenteil könnten selbe weniger werden, da man annehmen könnte, dass der Aufenthalt sich verteuert, weil Bruck eine Stadt geworden ist".*

Die Verleihung der Bezeichnung „Stadt"

Das bayerische Innenministerium stellte im Mai 1928 Grundsätze für die Bezeichnung „Stadt" auf. Das Ministerium wollte die Bezeichnung Stadt „nur in den Fällen verleihen, in denen eine Gemeinde nicht nur Sitz von Behörden und höheren Schulen ist, sondern auch hinsichtlich ihrer gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen und der Schichtung ihrer Bevölkerung alle typischen Merkmale einer Stadt aufweist".

Der Versuch an der Jahreswende 1928/29

Die allmähliche Urbanisierung des alten Marktes Fürstenfeldbruck vor allem seit den 1920er Jahren und die Profilierung kommunalpolitischer Vorstellungen, dass aus der Benennung „Stadt" ökonomische Vorteile erwachsen könnten, führten dazu, dass am Vorabend der Weltwirtschaftskrise die Erhebung zur Stadt erneut diskutiert wurde. An der Jahreswende 1928/29 wurde der Stadterhebungsplan jedoch fallen gelassen, weil man immer noch hoffte, ein Fremdenverkehrsort zu werden. Diese Hoffnung hatte sich jedoch als trügerisch erwiesen, da Fürstenfeldbruck mit den Orten im Alpenvorland nicht konkurrieren konnte.

Die Stadterhebung 1935

Der nationalsozialistische Marktgemeinderat von Fürstenfeldbruck fasste am 5. März 1935 den einstimmigen Beschluß, beim zuständigen Bayerischen Staatsministerium des Innern die Verleihung der Bezeichnung „Stadt" zu beantragen. Bürgermeister Adolf Schorer nannte die Gründe, die für die Verleihung der Stadtrechte an Fürstenfeldbruck sprächen: Eine bestehende Kanalisation, das Amperbad, die elektrische Versorgung durch mehrere Kraftwerke, der Schlachthof, das Krankenhaus, ein Bürgerheim, das Josefstift, die beiden Volksschulen, zwei Berufsfortbildungsschulen, eine Haushaltungsschule für Mädchen, die Kreislandwirtschaftsschule, asphaltierte Straßen, die Unterbringung der Verwaltung in einem neueren Verwaltungsgebäude (Rathaus), knapp 6000 Einwohner, die Existenz zahlreicher Ämter, das Bezirksmuseum, die Klosterkirche und intakte Finanzen.

Der Leiter des Bezirksamtes Dr. Karl Sepp reichte das gemeindliche Antragsschreiben

unterstützend mit einem Begleitbrief an die Regierung von Oberbayern weiter. Für das Fürstenfeldbrucker Wochenblatt – ein Sprachrohr Schorers - war klar, dass der Bürgermeister „in dieser Entwicklung zur Wohnsiedlungsgemeinde durch die Stadterhebung die Zukunftsmöglichkeiten ersah und in ihrer Erkenntnis auch die Initiative ergriff". Auch hatte Schorer persönliche Interessen, da er seinen Anspruch auf seine Stelle als hauptamtlicher Bürgermeister besser begründen konnte, wenn er Bürgermeister einer Stadt war.

Im September 1935 erstellte das Innenministerium eine Stellungnahme an das Büro des Reichsstatthalters in Bayern. Es stellte fest, dass nach der Bayerischen Gemeindeordnung vom 17. Oktober 1927 ein Ort, wenn er zur Stadt erhoben werden will, mindestens 3000 Einwohner haben müsse, der Aufbau und die Einrichtungen der Gemeinde städtischen Charakter haben müssten und für ein größeres Gebiet den wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt bilden müssten.

Bei der „Schichtung der Bevölkerung" wurde festgehalten, dass sich „in den letzten Jahren die Entwicklung vom ländlichen Markt zur Stadt auch in der Bevölkerungszusammensetzung" vollzogen hat, der Adolf-Hitler-Platz (= heutige Hauptstraße) weise einen städtischen Charakter auf, zudem wurden die Infrastruktureinrichtungen wie z. B. das Überlandwerk und der Schlachthof positiv erwähnt, desgleichen die große Zahl von Behörden wie die Polizeihauptschule, das Bezirksamt, das Amtsgericht, das Finanzamt sowie das Landwirtschaftsamt.

Nachdem sich auch die Gauleitung München-Oberbayern der NSDAP am 26. Juli 1935 befürwortend ausgesprochen hatte und der Reichstatthalter Ritter von Epp, der auch Ehrenbürger von Fürstenfeldbruck war, zugestimmt hatte, wurde Fürstenfeldbruck durch die Verleihungsurkunde am 30. September 1935 zur Stadt erklärt. Gefeiert wurde die Stadterhebung erst im Jahr 1936. Am 5. Juli 1936 fand ein großer historischer Festzug in Fürstenfeldbruck statt, der der Selbstdarstellung der Nationalsozialisten diente.

Fazit

Vor der Stadterhebung 1935 gab es in den Jahren 1901/02, 1905 und 1928/29 bereits drei Versuche der lokalpolitisch Verantwortlichen, Fürstenfeldbruck den Titel „Stadt" zu verleihen – Überlegungen, eine Stadterhebung anzustreben, hatten in Fürstenfeldbruck also eine jahrzehntelange Tradition. Ihre örtlichen Gegner wurden durch den regionalen Strukturwandel im Großraum München insbesondere nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und den konkreten infrastrukturellen Veränderungen in Fürstenfeldbruck nach und nach schwächer.

In der veröffentlichten Meinung setzte sich in wachsendem Maße das Leitbild „Wohnsiedlungsgemeinde mit urbanem Charakter" durch, das von den Nationalsozialisten aufgegriffen wurde. Die Stadterhebung 1935 war nicht in erster Linie ein Produkt nationalsozialistischer Politik, sondern der Schlusspunkt einer von den Nationalsozialisten forcierten längerfristigen kommunalen Entwicklung und Planung, die zur traditionellen staatlichen Stadterhebungspraxis passte und deshalb durchgeführt, anschließend aber in großem Umfang von der NSDAP propagandistisch ausgeschlachtet wurde. Der Stadterhebungsantrag von Bürgermeister Schorer stand also in der Tradition ähnlicher Selbstverwaltungsaktivitäten im Bayern der zurückliegenden Jahrzehnte.

Die Stadterhebung selbst muss dennoch unter dem Zwang der NSDAP gesehen werden, praktische Erfolge ihrer Politik vorweisen zu können. Ob auch die Stadterhebung Dachaus im Jahr 1933 eine Vorbildfunktion für Fürstenfeldbruck hatte, erscheint zumindest plausibel. Die Stadterhebung erfolgte als Ergebnis der Methode der Nationalsozialisten, jede positiv gesehene Entwicklung ohne Berücksichtigung des historischen Vorlaufs allein auf ihre Fahne zu schreiben. Die Stadterhebung liess sich propagandistisch im Sinne des Nationalsozialismus ausschlachten, dieser Aspekt darf nicht ausser Acht gelassen werden und war möglicherweise der Hauptgrund für die Nationalsozialisten, Fürstenfeldbruck den Titel „Stadt" zu verleihen.